

Der aktuelle Fraktionsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 29 • April 2009 • Landtag 1. - 3. 04.2009

Szenen einer zerrütteten Ehe

Die Halbbilanz der Großen Koalition ist geprägt von gegenseitigen Blockaden, Gezänk sowie parteipolitischen Profilierungsstreben von SPD und CDU. Die Koalitionäre spielen ‚Szenen einer zerrütteten Ehe‘.

Die Große Koalition pflegt einen schlechten Politikstil, bei dem andere Ansichten und die sachliche Erörterung unter den Teppich gekehrt werden. Ergebnisse von Anhörungen werden ignoriert,

Volksinitiativen erfahren drittklassige Beerdigungen. Für die künftige Politik sind keine Strategien erkennbar, wohin sich das Land entwickeln soll. Die parlamentarische Arbeit der Fraktionen von CDU und SPD im Landtag erschöpft sich in Begrüßungs-, Berichts- und sonstigen Schaufensteranträgen. In der Folge kennzeichneten Stillstand und Chaos fast alle Politikfelder.

Prof. Dr. Wolfgang Methling

Prof. Dr. Wolfgang Methling unterstützt Studenten, die vor dem Schloss anlässlich der **Novellierung des Hochschulgesetzes** lautstark protestieren:

„Die Verwaltungsgebühr ist und bleibt Einfallstor für Studiengebühren.“



Mehrwertsteuer runter

Es ist nur folgerichtig, dass unser Antrag „Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen absenken“ einstimmig beschlossen wurde.

An dieser Forderung können auch die Koalitionsfraktionen nicht vorbei. Leistungen des Hotel- und Gaststättengewerbes, Handwerks- und Reparaturleistungen mit reduzierten Mehrwertsteuersätzen werden für Konsumenten erschwinglicher und somit mehr nachgefragt, was wiederum Arbeitsplätze in diesen Bereichen sichert. Gerade im beschäf-

tigungsintensiven Gastgewerbe werden niedrigere Mehrwertsteuersätze dazu beitragen, dass die Unternehmen auch in Mecklenburg-Vorpommern wettbewerbsfähig bleiben.

Bislang sind sie wegen des hohen Mehrwertsteuersatzes gegenüber den Unternehmen in dieser Branche jenseits der Grenzen benachteiligt.

Jetzt ist die Bundesregierung am Zuge, die von der EU eingeräumte Möglichkeit, die Mehrwertsteuer auf bestimmte Dienstleistungen zu senken, tatsächlich zu nutzen

Helmut Holter

Teure Medizin

Die Landesregierung wird sich im Bundesrat nicht dafür einsetzen, dass die MwSt für Arzneimittel abgesenkt wird. Ständig steigende Zuzahlungen im Gesundheitswesen sind für alle Kranke eine große Last. Gerade die Ausgaben für Arzneimittel müssen endlich durch Minderung der MwSt gesenkt werden. Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern werden bei uns Medikamente mit dem vollen Satz von 19 % besteuert. Dagegen gelten 7 % z.B. für Tierarzneimittel oder Taxifahrten. Dies ist absurd. **Dr. Marianne Linke**

Vergabegesetz - unendliches Stück aus dem Tollhaus

Es ist nicht verwunderlich, sondern nur konsequent, dass unser Antrag „Gutachten zu den Landesvergabegesetzentwürfen von SPD und CDU endlich auf den Tisch legen“ abgelehnt wurde. Die Regelung der Vergabepaxis öffentlicher Aufträge ist eine unendliche Geschichte. Gegenwärtig geht es um die im Juli vergangenen Jahres von den Regierungsfractionen vorgelegten zwei konkurrierenden Entwürfe für ein Vergabegesetz. Sie haben die eigene Regierung beauftragt

zu prüfen, ob diese europä- und verfassungskonform sind. Nach 9 Monaten Auftrag durch den Landtag hat die Landesregierung noch immer nicht gehandelt, Gutachter wurden nicht beauftragt. Und kürzlich hat Wirtschaftsminister Seidel verkündet, dass im Moment ohnehin keiner nach einem Vergabegesetz fragt. Dies unterstreicht, dass die Koalition diese Angelegenheit, wie viele andere, aussitzen will.

Die gegenseitige Blockade ist symptomatisch für die

gesamte Arbeit der Großen Koalition und gleicht einem Stück aus dem Tollhaus. Aber wir brauchen ein Vergabe- und Tariffreugesetz zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Dumpinglöhnen und zur Einhaltung sozialer Mindeststandards. Noch immer werden auch bei der öffentlichen Auftragsvergabe Niedriglöhne geduldet. Der mit großem Getöse angekündigte Entwurf der Koalitionsfraktionen ist auf ganzer Länge gescheitert. Auf der Strecke bleiben die Interessen der klei-

nen und mittelständischen Unternehmen, der Beschäftigten und das Sozialversicherungssystem. Aber das Stück aus dem Tollhaus geht weiter. Jetzt hat die SPD einen neuen Gesetzentwurf gebastelt und dem Koalitionspartner übergeben. Ein Vergabegesetz extra light sozusagen, denn es soll lediglich für die Bereiche ÖPNV und SPNV gelten. Die CDU winkt dennoch ab: Brauchen wir nicht. Tariffreue oder andere soziale und ökologische Mindestbedingungen betrachtet die CDU als schädlich für die Wirtschaft. Summa summarum: Die Große Koalition führt das Parlament an der Nase herum und tut inhaltlich nichts. **Regine Lück**

Altschulden

Mit der Ablehnung des Antrags „Wohnungswirtschaft von den Altschulden entlasten - Weiterführung des Programms ‚Stadtumbau Ost‘ sichern“ widersprechen SPD und CDU ihrer eigenen Vereinbarung im Koalitionsvertrag, wonach langfristig die Altschulden für alle dauerhaft leer stehenden und rückgebauten Wohnungen zu erlassen sind. Auch 20 Jahre nach der politischen Wende müssen die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen für rund 300 000 Wohnungen im Land Altverbindlichkeiten bedienen. Insbesondere im ländlichsten Raum geraten die Wohnungsunternehmen mit zunehmendem Leerstand in bedrohliche wirtschaftliche Schieflage. Daher sind im Haushaltsplan 2010/11 Mittel vorzusehen für eine Altschuldenentlastung beim Rückbau von nicht mehr benötigtem Wohnraum im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“.

Regine Lück

Kein Kultur-Konzept

Die Koalitionsfraktionen haben unseren Antrag, ein „Konzept zur Kultur- und Kreativwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ vorzulegen, abgelehnt. Wir brauchen aber eine Darstellung der Stärken und Schwächen dieser Wirtschaftszweige, um zu erfahren, wo die Potenziale liegen, damit diese gezielt genutzt werden können. Der bisher einzige Bericht über die Kulturwirtschaft stammt aus dem Jahr 1997. Seither hat der Bereich erheblich an Umfang und Bedeutung gewonnen. Erforderlich ist heute ein Konzept auf Grundlage eines ganzheitlichen Ansatzes, auch als Ausgang für die Förderung und Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung von Kleinst- und Kleinunternehmen sowie einzelner Künstler.

Torsten Koplín

Aktive Arbeitsmarktpolitik - Fehlannonce

Unser Antrag „Folgen der aktuellen Krise für den Arbeitsmarkt heute wirksam begegnen“ wurde abgelehnt. Die Abkehr von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wird so weiter zementiert.

Wir bleiben dabei: Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor im soziokulturellen und ökologischen Bereich ist erforderlich, um die hohe Sockelarbeitslosigkeit zu reduzieren und das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zu verhindern. Zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik gehört u.a.: Gemein-

wohlorientierte Arbeitsförderprojekte (GAP) müssen neu aufgelegt und weiter entwickelt werden; der Anteil des Landes am Kommunal-Kombi muss auf bis zu 500, mindestens aber auf 250 Euro erhöht werden; Schul- und Jugendsozialarbeit muss ausgeweitet werden; Beschäftigungsgesellschaften müssen wieder eine institutionelle Förderung erhalten. Finanziert werden könnte dies durch eine Verschiebung der EU-Mittel zugunsten des Europäischen Sozialfonds.

Regine Lück

Landwirtschaft braucht schnelle Hilfe!

Die Ablehnung unseres Dringlichkeitsantrages

„Programm zur Vorsorge und Krisenbewältigung in der Agrarkrise M-V kurzfristig auflegen“ durch die Koalitionsfraktionen ist ein Schlag ins Gesicht der Bäuerinnen und Bauern des Landes.

Die Unternehmen brauchen Hilfen, die sofort wirken. Die gesamtwirtschaftliche Lage in der Agrarwirtschaft verschlechtert sich dramatisch, Erzeugerpreise und Preise von Veredelungsprodukten haben zum Teil ruinöse Tiefstände erreicht,

gleichzeitig verschlechtern sich Absatzmöglichkeiten und Rahmenbedingungen.

Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Agrarwirtschaft in den Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes bislang kaum Berücksichtigung finden.

Die Landesregierung muss jetzt alle Möglichkeiten nutzen und auch nachdrücklich die Unterstützung des Bundes einfordern, damit die Strukturen des wichtigsten Wirtschaftszweiges nicht zusammenbrechen.

Prof. Dr. Fritz Tack

Senioren-Mitwirkung abgelehnt

Die Ablehnung unseres Entwurfes eines Seniorenmitwirkungsgesetzes durch SPD und CDU ist unglaublich und kleinlich. Fast in jeder Landtagssitzung betonen SPD und CDU, dass auf die Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren nicht verzichtet werden könne, aber eine gesetzliche Grundlage zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren ist bis heute

nicht zustande gekommen. Die Ablehnung richtet sich gegen das berechtigte Interesse der Seniorinnen und Senioren sowie die Forderung des Altenparlaments von 2007, eine gesetzliche Grundlage zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben zu schaffen. Demokratie lebt von Partizipation, von der Teilhabe und der Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger - auch der älteren.

Irene Müller

Standardöffnung verlängern

Mit der Überweisung unseres Gesetzentwurfes zur Öffnung von Standards für kommunale Körperschaften, das Ende 2009 außer Kraft tritt, haben wir im Innenausschuss Gelegenheit, über eine Verlängerung der Geltungsdauer um 2 Jahre zu debattieren. Da die bisherige Berichtsform der Landesregierung über erteilte Befreiungen und Ablehnungen wenig geeignet ist, um etwaige Umsetzungsprobleme aufzugreifen und Korrekturen vorzunehmen, soll die Berichtspflicht außerdem durch die Landesregierung evaluiert werden.

Gabi Mest'an

Barrierefrei

Mit der Ablehnung unseres Antrages „Investitionen aus dem Konjunkturpaket II konsequent zum Ausbau der Barrierefreiheit nutzen“ verkennt die Große Koalition, dass für ein Kinder- und Familien-, für ein Gesundheits- und Seniorenland eine umfangreiche Barrierefreiheit wesentliche Voraussetzung ist.

Mit der Ablehnung wurde eine Chance vertan, mehr Barrierefreiheit und somit zukunftsorientierte Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Irene Müller

Europaweit

Unser Antrag „Europäische Bürgerinitiative einführen“ wurde von der SPD-CDU-Mehrheit abgelehnt. Wir finden: Es ist Zeit, dass sich die Bürger Europas in die Politik und die Gesetzgebung einbringen können. Das EU-Parlament steht kurz davor, die Kommission aufzufordern, die Voraussetzungen für eine europäische Bürgerinitiative zu schaffen. Unabhängig davon, ob der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, fordern wir die Landesregierung auf, sich für mehr direkte Demokratie in Europa einzusetzen.

Barbara Borchardt